

# Mehrabgaben und Apéros

Die Herbstsession ist Geschichte. Welche Geschäfte kosten den Steuerzahler am meisten? Welche Fragen haben die Parlamentarier am meisten beschäftigt? Der Sessions-Check.

Von Christian Mundt



Linksabweichung: Gotthard-Strassentunnel.

Von den vier Sessionen pro Jahr ist die Herbstsession die unspektakulärste: Die mit Apéros und Reisen verbundenen Präsidentenwahlen finden im Winter statt, die Fraktionsausflüge im Sommer, im Frühjahr ist das Programm von Feiertagen begleitet. Dafür haben die Volksvertreter im Herbst mehr Zeit, um Gesetze zu verabschieden und neue Ausgaben zu beschliessen.

## Die teuerste Abstimmung

Rund 2,7 Milliarden Franken kostet die Sanierung des Gotthard-Strassentunnels. Ein halbes Jahr nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat dem Bau einer zweiten Röhre zugestimmt, wobei es (vorerst?) bei einer Spur pro Richtung bleibt. Geschlossen gegen das Projekt stimmte der links-grüne Block: die Grünen, die Sozialdemokraten und die Grünliberalen. Gegen einen weiteren Tunnel zwischen Göschenen und Airolo, und damit gegen ihre Bundesrätin, stimmten zudem die beiden Zürcherinnen Maja Ingold (EVP) und Barbara Schmid-Federer (CVP) – was Letzterer dem Vernehmen nach an der Fraktionssitzung böse Worte von Verkehrsministerin Doris Leuthard einbrachte. Die fast schon obligate Linksabweichung unter den Freisinnigen erfüllte diesmal Christa Markwalder alleine. Das letzte Wort dürfte das Volk im kommenden Jahr ha-



Geometrische Buchenhecken: Grüne Trede.

ben: Umweltverbände haben das Referendum angekündigt.

## Die kreativste Wortschöpfung

Keine Steuer, sondern eine Abgabe mit Spezialcharakter sei die Empfangsgebühr für Radio und Fernsehen. Diese bürokratische Bezeichnung ist wichtig, denn jede Steuer braucht eine Grundlage in der Verfassung – was eine Volksabstimmung nötig machen würde. Während es bei einer Steuer keine direkte Gegenleistung gibt, ist eine Gebühr das Entgelt für eine direkte Gegenleistung. Mit der Revision des Radio- und Fernsehgesetzes wird die bisherige Gebühr faktisch zur Steuer: Neu muss jeder die Empfangsgebühr zahlen und nicht mehr nur wie heute, wer ein Empfangsgerät – Radio, TV, PC oder Handy – besitzt. Das führt dazu, dass auch Blinde Fernsehgebühren, Taube fürs Radio bezahlen müssen. Trotz kreativer Wortschöpfung: Auch die Abgabe mit Spezialcharakter wird vom Volk genehmigt werden müssen, wenn der Gewerbeverband das Referendum ergreift.

## Die längste Anschubfinanzierung

Gemäss Duden ist eine Anschubfinanzierung eine «stützende finanzielle Massnahme, mit der Anfangsschwierigkeiten eines Projekts überwunden» werden sollen. Damit in der Schweiz mehr Krippenplätze – in Beamten-

deutsch «familienergänzende Kinderbetreuung» – angeboten werden, sprach das Parlament darum im Jahr 2002 200 Millionen Franken für eine Anschubfinanzierung. Im Oktober 2010 wurde dann die Verlängerung dieser Anschubfinanzierung bis zum Jahr 2015 beschlossen, wofür weitere 120 Millionen gesprochen wurden. Nun hat das Parlament auf Initiative von Rosmarie Quadranti (BDP) zum dritten Mal eine Weiterführung beschlossen. Dies, so Quadranti, «weil das Programm äusserst erfolgreich, der Prozess aber noch nicht abgeschlossen ist». Ungeklärt bleibt die Frage, wann der Prozess abgeschlossen sein wird – und wie viele Subventionen bis dahin noch fliessen müssen. Und so zahlt der Steuerzahler vorerst weitere 120 Millionen, die zwischen 2015 und 2019 ausgeschüttet werden. Schon jetzt steht fest: Es handelt sich um einen der längsten Anschläge der Bundeshausgeschichte.

## Die wichtigen Fragen

Die Sessionswoche beginnt im Nationalrat traditionellerweise mit der Fragestunde. Die Bundesräte beantworten dabei aktuelle Fragen, die von den Parlamentariern eingereicht wurden. Die Bedeutsamkeit einzelner dieser Anliegen erschliesst sich dem Zuschauer allerdings nicht immer. So wollte die Grüne Aline Trede wissen, ob sich der Bundesrat an den Bäumen in den Höfen des Bundeshauses stört, da er diese durch geometrisch geschnittene Buchenhecken ersetzen will. Oder ob er den Widerspruch zwischen der «Grand Tour of Switzerland» – einer Autoferienroute durch die Schweiz, die von Schweiz Tourismus beworben wird – und der Verminderung des CO<sub>2</sub>-Ausstosses erkennt? Die Antwort vom Bundesrat: Ein Preisgericht kam zum Schluss, «dass durch das Weglassen der Bäume der Stellenwert des Baudenkmals erhöht wird», und, nein, er sehe keinen Widerspruch. Die Waadtländer SP-Frau Rebecca Ruiz stört sich am «Hass auf sozialen Netzwerke» und wollte darum vom Bundesrat wissen, ob er Massnahmen gegen diese Aufrufe zum Hass ergreife – was dieser verneinte, da er dagegen nichts machen könne. Anstatt selber das Grundbuch zu konsultieren, wandte sich die St. Galler Grüne Yvonne Gilli lieber an den Bundesrat: «Ist das Breitfeld in St.Gallen wirklich im Besitz des VBS?», fragte sie die Regierung an. Denn, so führte sie weiter aus, «die Besitzverhältnisse des Breitfeldgeländes sind dem Vernehmen nach unklar». Das VBS bestätigt, dass die 230 Hektaren Eigentum des Bundes sind. O